

**Sehr geehrte Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen,  
sehr geehrte Mitglieder des Bundesvorstandes,  
sehr geehrte Mitglieder des Fraktionsvorstandes,**

**als deutsche Partnerorganisationen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) begrüßen wir es sehr, dass Bündnis 90 / Die Grünen sich im Entwurf ihres Wahlprogrammes 2021 klar für eine atomwaffenfreie Welt aussprechen und ein Deutschland frei von Atomwaffen sowie einen Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag anstreben. Atomwaffen bedrohen die Sicherheit aller Menschen – in Deutschland und weltweit. Daher muss sich auch die Bundespolitik mit allen Mitteln für eine vollständige atomare Abrüstung einsetzen!**

Seit dem 22. Januar 2021 ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. Er verbietet allen beigetretenen Staaten unter anderem die Herstellung, die Stationierung, den Besitz und den Einsatz von Atomwaffen. Und er stößt neue Abrüstungsdebatten an, indem er die katastrophalen humanitären Konsequenzen von Atomwaffen betont und die Versäumnisse der Atomwaffenstaaten bei der Abrüstung gemäß Art. VI des Nichtverbreitungsvertrags offenlegt.

Zuletzt wurde ein Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen nach dem anderen gekündigt. Gleichzeitig beobachten wir, dass die Atomwaffenstaaten ihre Arsenale modernisieren und neue nukleare Waffensysteme entwickeln. In einer Zeit, in der das Vertrauen und der Dialog zwischen diesen Staaten so gering sind wie schon lange nicht mehr, erhöht sich damit die Gefahr eines nuklearen Schlagabtauschs und die Bedrohung für die Menschheit steigt weiter!

Auch die in Deutschland stationierten US-Atombomben sollen in den kommenden Jahren durch lenkbare B 61-12 mit einer variablen Sprengkraft ersetzt werden. Für den Einsatz dieser Atombomben plant das Bundesverteidigungsministerium, 30 neue Jagdbomber vom Typ F/A-18F Super Hornet für mehrere Milliarden Euro beim US-Hersteller Boeing anzuschaffen.

**Es ist gut und wichtig, dass Bündnis 90 / Die Grünen eine klare Position für den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe, für den Abzug der Atombomben aus Büchel und gegen die Beschaffung neuer Atombomber vertreten.**

In dieser Klarheit wurde die Position etwa in Ihrem Bundestagsantrag vom 16. Juni 2020 formuliert, in dem zusätzlich der Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie das Ende der Bereitstellung von Bundeswehripilotinnen und -piloten sowie nuklearen Trägersystemen gefordert wurde. In der aktuellen Stunde aus Anlass des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags hat Katja Keul diese Positionierung für die Grünen erneut klar herausgestellt. Sie hat auch hervorgehoben, dass das gesamte

System der nuklearen Abschreckung untauglich ist, da jeglicher Atomwaffeneinsatz völkerrechtswidrig wäre und der Internationale Gerichtshof bereits 1996 die Drohung mit Atomwaffen als Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht gebrandmarkt hat.

Im aktuellen Grundsatzprogramm sprechen sich Bündnis 90 / Die Grünen außerdem für eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik aus, orientiert am Leitbild der „Menschlichen Sicherheit“. Unserer Meinung nach sollte dies der Ausgangspunkt aller Abrüstungsforderungen sein – insbesondere einer konsequenten und sofortigen nuklearen Abrüstung. Eine feministische Außen- und Sicherheitspolitik und die nukleare Teilhabe schließen sich ausdrücklich aus.

**Wir appellieren an alle Parteimitglieder, den Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion und die Kandidat\*innen für die Bundestagswahl 2021, diese eindeutigen Positionen beizubehalten und weiterhin deutlich zu vertreten!**

**Insbesondere fordern wir Sie auf, im Falle einer zukünftigen Regierungsbeteiligung**

- **die Beschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr kategorisch abzulehnen,**
- **gegenüber den USA einen Abzug aller US-Atombomben aus Deutschland zu fordern und die nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO zu beenden,**
- **Überlegungen zur Stationierung von US-Atomwaffen in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas deutlich entgegenzutreten.**

Wir erinnern an den Appell der 56 ehemaligen Spitzenpolitiker\*innen aus 20 NATO-Staaten sowie Japan und Südkorea, die in ihrem Offenen Brief vom 21. September 2020 für den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag warben: „Wir müssen uns dem Verbot zuwenden und daran arbeiten, andere dafür zu gewinnen. Es gibt keine Heilung für einen Atomkrieg. Prävention ist unsere einzige Chance“. Auch zwei ehemalige NATO-Generalsekretäre und die ehemaligen Minister Rudolf Scharping und Joschka Fischer haben diesen Offenen Brief unterzeichnet.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat zudem Befürchtungen ausgeräumt, der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) könne den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 1970 schwächen. In einer Ausarbeitung vom 19. Januar 2021 heißt es: „Der AVV unterminiert den NVV nicht, sondern ist Bestandteil einer gemeinsamen nuklearen Abrüstungsarchitektur. Der AVV ist daher auch kein Hemmnis für die nukleare Abrüstung, hätten die NVV-Staaten nur den politischen Willen dazu.“

**79 Prozent der Deutschen wünschen laut einer repräsentativen Umfrage von April 2021 die Vernichtung aller Atomwaffen weltweit, 82 Prozent sprechen sich für den vollständigen Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland aus. 80 Prozent der deutschen Bevölkerung sind für einen Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag, bei Anhänger\*innen der Grünen sind es sogar 88 Prozent.**

Wir begrüßen sehr, dass schon vier Landesparlamente sowie über 100 Städte, Gemeinden und Landkreise die Bundesregierung mit förmlichen Beschlüssen auffordern, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Außerdem hat sich die Organisation der Mayors for Peace, der weltweit über 8000 und in Deutschland mehr als 700 Städte angehören, hinter diese Forderung gestellt.

Oberbürgermeister\*innen und Abgeordnete von Bündnis 90 / Die Grünen spielen dabei eine zentrale Rolle – hervorzuheben ist etwa Belit Onay, der Oberbürgermeister von Hannover. Auch unter den mehr als 600 Abgeordneten aus Bundestag, Landtagen und Europaparlament, die sich mit der ICAN-Abgeordnetenerklärung für einen deutschen Beitritt zum Atomwaffenverbot bekannt haben, sind über 250 grüne Politiker\*innen.

**Deutschland kann in der Frage der weltweiten nuklearen Abrüstung eine Schlüsselrolle einnehmen, wenn es als NATO-Staat beispielhaft vorangeht und den Boykott des Atomwaffenverbotsvertrages beendet. Wir erwarten daher, dass sich Bündnis 90 / Die Grünen im Falle einer Regierungsbeteiligung ebenfalls dafür einsetzen, dass**

- **Deutschland den UN-Atomwaffenverbotsvertrag ratifiziert,**
- **die Bundesregierung sich deutlich vom Konzept der „Atomaren Abschreckung“ distanziert und die katastrophalen humanitären Auswirkungen eines Atomwaffeneinsatzes betont,**
- **Deutschland gegenüber seinen NATO-Partnern schnellstmögliche Verhandlungen zur Umsetzung von Art. VI des Nichtverbreitungsvertrages einfordert.**

## **Unterzeichnende**

**Roland Blach** (*Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt“, DFG-VK*)

**Prof. Dr. Karl Hans Blasius** (*Initiative Atomkrieg-aus-Versehen.de*)

**Simon Bödecker** (*Ohne Rüstung Leben*)

**Heidemarie Dann** (*Hiroshimabündnis Hannover*)

**Dr. Matthias-W. Engelke** (*Förderkreis Darmstädter Signal*)

**Xanthe Hall und Florian Eblenkamp** (*International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN), Deutschland*)

**Dr. Dirk-M. Harmsen** (*Forum FriedensEthik (FFE) in der Evangelischen Kirche in Baden*)

**Antje Heider-Rottwilm** (*Church and Peace*)

**Dr. Elke Koller** (*Initiativkreis gegen Atomwaffen*)

**Ekkehard Lentz** (*Bremer Friedensforum*)

**Volkert Ohm** (*Deutsche Sektion der International Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA)*)

**Markus Pflüger** (*Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier*)

**Horst-Peter Rauguth** (*pax christi Deutschland*)